

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 68 (1989)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Konkordanz, Programm und Selbstverständnis. Teil II  
**Autor:** Haller, Gret  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340773>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Konkordanz, Programm und Selbstverständnis (II. Teil)

**Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung ist eine Chance, wenn es uns gelingt, im persönlichen Umgang zwischen Genossinnen und Genossen mit ihr sorgfältig umzugehen; das heisst: die Beteiligten müssen konflikt- und beziehungsfähig sein. Das Vertrauen zwischen Genossinnen und Genossen in Exekutivämtern einerseits und der Parteibasis anderseits ist das A und O einer erfolgreichen Regierungsbeteiligung. Das sind die Schlussfolgerungen, welche Gret Haller im zweiten Teil ihres Beitrages über die Regierungsbeteiligung der SP zieht.**

Von Gret Haller

Die Zusammenarbeit zwischen den Exekutivmitgliedern und der Partei betrifft auch den persönlichen Bereich der Betroffenen und ist sehr wichtig. Warum eine enge Zusammenarbeit unabdingbar ist, wurde im ersten Teil vor allem im Zusammenhang mit der Konkordanz und ihren Krisenerscheinungen ausgeführt. Jetzt soll nun das «Wie» dieser Zusammenarbeit zur Sprache kommen. Dazu noch eine Vorbemerkung: Wenn ich im Bereich des Persönlichen «Exekutivgenossen und Exekutivgenossinnen» sage, so meine ich alle politischen Ebenen: nebenamtliche Gemeinderatsmitglieder in kleineren Gemeinden wie auch vollamtliche Exekutivmitglieder in Städten, Kantonen oder gar im Bund – im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Partei und Regierungsmitgliedern ist es daselbe.

Natürlich sind Exekutivmitglieder Menschen, wird man sagen. So klar ist das aber letztlich nun doch nicht. Wie jede oppositionelle Organisation hat die SP und vor allem haben die in ihr organisierten Leute dann und wann mit Ohnmachtsgefühlen zu kämpfen. Und da geschieht es sehr leicht, dass man Leute, die man «an die Macht» geschickt hat, nicht mehr als zu sich zugehörig betrachtet. Exekutivmitglieder darf man aber nicht «abstossen». Wenn sich

die Partei einmal für die Exekutivbeteiligung entschieden hat, sollte sie dazu stehen und dies ihre Genossen und Genossinnen in der Regierung auch spüren lassen. Im übrigen gibt es keine parteiinterne «Erb-sünde» der Regierungsbeteiligung! Frühere Regierungsmitglieder auf allen politischen Ebenen mögen noch so grosse Fehler gemacht haben..., die neuen können nichts dafür; man darf sie nicht alle in den gleichen Topf werfen.

Kritik an Regierungsmitgliedern muss möglich sein. Aber auch da ist vieles eine Frage des Stils und des Tones. Ein Negativbeispiel: Wenn ein Parteipräsident, eine Parteileitung oder ein SP-Parlamentarier nicht müde wird, öffentlich die Unfähigkeit oder sonstige Unzulänglichkeit der gesamten Exekutive abzuhandeln, so ist dies eine der bewährtesten Methoden, unsere Regierungsmitglieder unweigerlich in die Arme ihrer bürgerlichen Kollegen zu prügeln – emotional natürlich, nicht etwa im formalen Wechsel des Parteibuches. Kritik an bürgerlich dominierten Exekutiven drängt sich allenthalben und immer wieder auf. Aber man kann diese Kritik sachbezogen anbringen, sie betrifft ja meistens Gegenstände aus bürgerlich geführten Ressorts; und sollte eine Regierung ein sozialdemokratisches Mitglied ständig desavouieren, so lässt sich auch dies differenziert und zielgerichtet kritisieren.

Es darf nicht soweit kommen, dass Regierungsmitglieder in einer Parteiversammlung zuerst beteuern müssen, wie sie mit ihren bürgerlichen Kollegen nie gemeinsame Sache machen würden..., bevor sie überhaupt den Mund auf tun dürfen. Genau das ist nämlich ihre Aufgabe, mit den Regierungskollegen und -kolleginnen möglichst gut zusammenzuarbeiten und dadurch möglichst viel herauszuholen. Wenn fünf, sieben oder neun Leute Woche für Woche um denselben Tisch sitzen und verhandeln müssen, so geht es gar nicht anders, als dass sie als Gruppe menschliche Beziehungen untereinander aufbauen. Und genau diese Beziehungen sind die Chance der Linken in den Exekutiven. Dass diese Beziehungen – neben ihren notwendigerweise menschlichen Elementen – vor allem politische Beziehungen bleiben, und dass sie den Exekutivmitgliedern nicht zu einer Art emotionalen Ersatz-«Heimat» werden müssen, weil sie ihr «Zuhause» in der Partei verloren haben..., dafür ist die SP des jeweiligen Gemeinwesens verantwortlich, wenn sie sich einmal für die Regierungsbeteiligung entschieden hat. Und das braucht Arbeit, jeden Tag oder jede Woche wieder neue Arbeit; «Beziehungsarbeit», würden Fachleute wohl sagen.

Weil Exekutivmitglieder ihre eigene Persönlichkeitsstruktur haben und die Chance oft eben gerade im Einsatz dieser Persönlichkeit liegt, müssen sie im Detail selber entscheiden können, wie dieser Einsatz erfolgt, wann sie Kompromisse schliessen und wo nicht. Natürlich gibt es auch das Grenzen: Wenn ein Genosse oder eine Genossin aus Konfliktunfähigkeit immer den Weg des geringsten Widerstandes wählt und auf der ganzen Linie ins Schema «Mitgehangen = Mitgefangen» hineinschlittert, so muss ihn oder sie die Partei darauf aufmerksam

machen, dass es langfristig so nicht geht. Dies kann aber zunächst in einer persönlichen Aussprache geschehen, in welcher man sich persönlich gut kennt und beide Seiten um die Verletzlichkeit des andern wissen. Generell darf es jedoch nicht soweit kommen, dass ein Exekutivmitglied den Eindruck bekommt, in Parteiversammlungen werde nur darauf gewartet, bis ihm oder ihr irgendein Vergehensfehler zum Vorwurf gemacht werden könne, den er den versammelten Genossen und Genossinnen ja doch nicht umfassend erklären können, weil nicht in jedem Moment eines Geschäftsablaufes alles parteiöffentlich abgehandelt werden kann. Eine solche Stimmung macht das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Exekutivmitglied kaputt, und dieses Vertrauensverhältnis ist aber das A und O einer erfolgreichen Regierungsbeteiligung.

### **Parteimitglieder sind auch Menschen**

Und jetzt zur anderen Seite. Damit ein Vertrauensverhältnis entsteht oder besteht, braucht es immer zwei Seiten; auch das Exekutivmitglied muss etwas dazu tun.

Das Entscheidendste in diesem Zusammenhang ist das emotionale Selbstverständnis des Exekutivmitgliedes: Es muss das intensive Gefühl haben, die Partei und ihre Ideen in der Exekutive zu vertreten, und nicht etwa, die Exekutive und ihre Entscheidungen in der Partei zu vertreten. Es kann durchaus vorkommen, dass ein Regierungsgenosse oder ein Regierungsgenossin eine Exekutiventscheidung, die er oder sie mitgetragen hat, an einer Geschäftsleitungssitzung oder in einer Parteiversammlung erklärt und insbesondere erläutert, warum er oder sie diesen Entscheid richtig

findet. Aber, um es etwas einfacher auszudrücken: Wenn SP-Regierungsbeteiligung funktionieren soll, so muss es unseren Genossinnen und Genossen in der Regierung an einer Parteiversammlung oder an einem Parteitag halt einfach noch ein paar Grad wärmer ums Herz sein, als an einer noch so harmonisch verlaufenden Sitzung ihrer Exekutive, in der sie noch soviel für unsere Ideen herausholen.

Ein solches Selbstverständnis ist der Grundstein des Vertrauensverhältnisses zwischen Regierungsmitgliedern und ihrer Parteibasis. Und keine Angst, da lässt sich nicht mogeln: Die SP ist letztlich und im Grunde genommen eine Befreiungsbewegung. Und engagierte Mitglieder von Befreiungsbewegungen haben ein sehr feines Gespür für politische Seelenkräfte: dafür, wo ein Mensch seine politischen Emotionen deponiert hat und woraus er seine politische Kraft holt. Ob es nun ein Gemeinderat, Stadtrat, Regierungsrat oder Bundesrat sei: Genossen und Genossinnen merken sehr rasch, was es mit dem Selbstverständnis auf sich hat, worauf sein Selbstbewusstsein beruht. Politische Karriere macht ja nur, wer eine gewisse Ausstrahlungskraft hat, und Ausstrahlungskraft ist, zum Glück, sehr verräterisch.

Exekutivmitglieder sollten immer wieder an Parteidiskussionen teilnehmen. Und dies nicht, weil «man muss», sondern weil es sie spannend dünken sollte. Wäre diese Partei ein statisches Gebilde, das immer genau dieselben Hauptschwerpunkte hat, so könnten sich Regierungsmitglieder von Basiskontakten dispensieren..., und dann wäre es genau so langweilig wie bei der FDP, wo es immer um dasselbe geht: Kapital- und Erwerbsinteressen der oberen Zehntausend. Das Grundengagement unserer Partei für die Men-

schenwürde jedes und jeder Einzelnen weltweit und bei uns, wider die Gewaltanwendung gegenüber Menschen und Natur, ist hingegen so breit, dass immer wieder andere Angriffspunkte für dieses Engagement in den Vordergrund treten. Aber nicht nur das, sondern auch den Wechsel der (politischen) Parteigenerationen zu spüren ist für Genossinnen und Genossen in der Regierung wichtig. Da tauchen manchmal neue Betrachtungsweisen auf, ein neuer Stil, mit den Problemen umzugehen, vielleicht auch neue Sichtweisen, wofür sozialdemokratische Behördenmitglieder Kompromisse denkbar sind und wo nicht. Stellen wir uns nur einmal vor, wie sehr sich die SP seit den Jahren verändert hat, in welchen sich die 68er Generation in ihr neu bemerkbar machte, welche Stilveränderungen seit damals durch wieder neue «Generationen» eingebracht wurden. Wir haben halt nicht nur ein Parteiprogramm, sondern unsere Partei hat auch noch so etwas wie eine politische Seele, über die man nichts lesen kann, die man nur in gemeinsamer Auseinandersetzung spürt.

Wenn sich unsere Leute in der Regierung nicht genügend Zeit nehmen für die Teilnahme an Parteiversammlungen, Vorstands- oder Geschäftsleitungssitzungen, Zeit für Kontakte, die nicht nur dazu dienen sollen, sich zu erklären, sondern auch dazu dienen müssen, sich verändern oder anstecken zu lassen, so verflüchtigt sich das Vertrauensverhältnis ebenfalls, und man merkt es leider oft nicht einmal, bis es (fast) zu spät ist... Wie sagte ich doch eben? Es braucht halt Arbeit, jeden Tag oder jede Woche wieder neue Arbeit (das gilt auch für die andere Seite); «Beziehungsarbeit», würden Fachleute wohl sagen.

Zugegeben: Die Agenda eines nebenamtlichen Gemeinderates oder einer Gemeinderätin ist neben

Beruf oder Kindern oder Haushalt sehr voll. Die Agenda von vollamtlichen Gemeindepolitikern und -politikerinnen ist auch voll, diejenige von Frauen und Männern in der Regierung noch voller, nicht zu reden von den Bundesräten. Aber da soll sich nun niemand hinter Agenden verstecken: Wer behauptet, für Parteisitzungen «einfach keine Zeit zu haben», findet diese Sitzungen halt nicht genügend wichtig, setzt sie in der Prioritätenlisten des Zeitbudgets aus eigenem Willen irgendwo in die hintern Ränge. Der Anfang jeder politischen Gestaltungskraft von Exekutivmitgliedern ist die Zeitautonomie. Wer nicht wenigstens eine relative Zeitautonomie in seinem Umfeld durchsetzen kann, wird auch mit der Durchsetzung von anderen Dingen Schwierigkeiten haben.

### Funktionen der Regierungsbeteiligung

Bei der Funktion der Regierungsbeteiligung für die Partei ist zu unterscheiden zwischen dem parteiinternen und dem parteiexternen Verhältnis.

Die parteiinterne Funktion der Regierungsbeteiligung hat sich in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten stark gewandelt, was in Diskussionen zu diesem Thema oft zu wenig berücksichtigt wird. Die früheren grossen Regierungsmänner der SP erfüllten viele Funktionen gleichzeitig. Sie waren weit mehr als nur Exekutivmitglieder, sie waren die grossen Identifikationsfiguren für die Parteibasis, manchmal waren sie gleichzeitig Parteipräsidenten, wenn auch nicht unbedingt auf derselben politischen Ebene wie das Exekutivamt. Sie bestimmen zum Teil die Parteithemen, und die Partei unterstützte sie vor allem in der Durchsetzung dieser Ziele. Mit

anderen Worten: Die Partei lebte auch sehr für und durch die Exekutivgenossen. Die beiden Dinge hängen zusammen: Die Partei war mehr als heute auf die Tätigkeit ihrer Exekutivmitglieder ausgerichtet, aber diese dienten auch stark als Identifikationsfiguren für die Basis.

Dass sich das geändert hat, hängt mit einer generellen Veränderung der Politik in den zwei letzten Jahrzehnten zusammen. Mit dem vermehrten öffentlichen Aufkommen der klassischen «Gewalt»-Themen (Gewalt gegen Menschen und Natur, das heisst also Ökologie, Dritte Welt, Pazifismus und Feminismus) wurden die Basis- und Laienbewegungen als politischer Faktor immer wichtiger, wobei hier «Laie» nicht gleichbedeutend ist mit mangelndem Wissen, sondern den Widerstand gegen durchschaubare Machtstrukturen und gegen Expertokratie bezeichnen soll. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist Kaiseraugst: Ohne eine massive Laienbewegung wäre das Ende dieses AKW nicht so rasch gekommen. Weil sich die SPS – im Gegensatz etwa zur SPD – diesen Strömungen früh geöffnet hat, war es unumgänglich, dass die frühere parteiinterne Prägung «von oben nach unten» immer mehr durch die umgekehrte abgelöst wurde, die Bewegung «von unten nach oben». Das heisst nun keineswegs, dass man keine Leitungsfunktionen mehr brauchen würde, sondern auch das ist eine Frage des Umgangsstils miteinander geworden. Genossinnen und Genossen an der Basis, in den Parteipräsidien aller Stufen und eben auch Exekutivmitglieder aller Stufen: sie begegnen sich heute innerhalb der Partei viel mehr auf gleicher Ebene. Die Parteiidentifikation der Basis erfolgt heute weniger über SP-Behördenmitglieder, sondern mehr über die gemeinsamen Grundideen: das gemeinsame Programm, die



gemeinsamen Utopien und vor allem durch das gemeinsame Arbeiten auf diese Ziele hin. Wenn einzelne Genossinnen und Genossen in Behördenämtern für diese Identifikation doch dann und wann eine besondere Rolle spielen, so ist es weniger wegen ihrer jeweiligen Funktion, sondern weil sie unsere Grundideen besonders konsequent und glaubwürdig vertreten.

So hat die Regierungsbeteiligung heute parteiintern einen anderen Stellenwert als früher: Die Parteitätigkeit ist nicht mehr vorwiegend auf die Exekutivfunktionen ausgerichtet, sondern alle – Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder, Genossen und Genossinnen in Parteileitungen, in Fachkommissionen der Partei und in basisaktiven Gruppen und Sektionen – haben ihre Rollen im Parteigeschehen. Die grosse Kunst besteht darin, diese verschiedenen Funktionen, die von verschiedenen Rollenträgern wahrgenommen werden, sinnvoll aufeinander abzustimmen und sie gegenseitig fruchtbar zu machen. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass in den unterschiedlichen Rollen unterschiedliche Strategien zur Anwendung kommen. Eine Parteisektion kann eine Sache öffentlich scharf kritisieren, obschon «ihre» Gemeinderäte deswegen nicht gerade eine öffentliche Dissidenz zu ihrer Behörde riskiert haben..., wenn man miteinander darüber gesprochen hat, und wenn alle wissen, warum die eigenen Leute in der jeweils anderen Rolle so handeln, kann das sinnvoll sein. SP-Politik mit Regierungs- und Parlamentsbeteiligung ist eben wie das Spiel auf einer Orgel: Da gibt es bekanntlich verschiedene «Stockwerke» übereinander von Tastaturen für die Hände und erst noch die Fusspedale. Auf den verschiedenen Tastaturen muss man ganz unterschiedlich spielen, und mit den Füßen nochmals

anders, weil sie verschiedene Register bedienen, von dicken Basspfeifen bis zu dünnen Flötenpfeifen oder hohen schrillen Tönen. Aber richtig gespielt, stimmt es zusammen und kann – egal, ob modern oder klassisch – sogar gewaltig nicht nur in die Ohren, sondern auch in die Glieder fahren.

Im Aussenverhältnis der Partei hat sich die Funktion der Regierungsbeteiligung viel weniger gewandelt. Für die Öffentlichkeit sind Regierungsleute Repräsentanten der Partei, die oft noch mehr Gewicht haben als Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten oder Parteisekretäre und Parteisekretärinnen. Mit dem Wandel, den die Funktion der Regierungsbeteiligung im Innenverhältnis der Partei erfahren hat, ist die Repräsentierung der Partei nach aussen durch Regierungsmitglieder nicht einfacher geworden. Sie müssen einerseits ihren Standpunkt vertreten, dabei unter Umständen Rücksicht nehmen auf das Regierungskollegium, und sie dürfen – entsprechend dem Bild der perfekt gespielten Orgel – erst noch nicht vergessen, dass es in der Partei auch noch andere politisch wichtige Rollen gibt. Nun, das ist zwar nicht einfach; aber wir dürfen von unseren Regierungsmitgliedern sicher verlangen, dass sie das fertig bringen. In der heutigen politischen Situation – mit den Krisenerscheinungen der Konkordanz – müssen sie ja auch noch schwierigere Dinge können...

### Schlussbemerkungen

Verglichen mit dem in vielen Staaten üblichen System von Regierung und Opposition, ist das schweizerische System der auf Konkordanz beruhenden Mehrparteienregierungen im Grunde genommen viel fortschrittlicher und zukunftssträchtiger,

denn es bietet viel früher und grundsätzlich die Chance eines breiten Interessenausgleiches. Das System mit Regierung und Opposition beruht demgegenüber auf polarem Entweder/Oder-Denken. Wahrscheinlich muss polares Denken aber generell überwunden werden, wenn die Gesellschaft mit den ökologischen Problemen, und erst recht mit allen «Gewalt»-Problemen, zu Rande kommen will. Auch aus dieser Sicht rechtfertigt sich eine linke Regierungsbeteiligung schon grundsätzlich, und ein Abseitsstehen ohne besonderen Anlass, einfach aus dogmatischen Gründen, wäre schlecht zu verantworten.

Linke Regierungsbeteiligung in einer Minderheitsposition verlangt von jenen, die sie ausüben, einen grossen Einsatz und vor allem eine grosse Belastbarkeit: einerseits in der täglichen Arbeit (das versteht sich eigentlich von selbst), vor allem aber im Emotionalen, was gelegentlich unterschätzt wird. Zum einen leben sie in einer ständigen Auseinandersetzung mit ihren Regierungskollegen und -kolleginnen, was – wenn es eine wirksame Regierungsbeteiligung sein soll – gruppendynamisch nicht konfliktfrei ablaufen kann. Das heisst übrigens überhaupt nicht, dass man öffentlich etwas von solchen Konflikten erfahren müsse. Zum andern sollten sie in ständigem Kontakt stehen mit den Genossen und Genossinnen, was ihnen zwar ein «Zuhause» gibt, sie aber auch herausfordert und sie gelegentlich wieder verunsichert, etwas, das auch nicht ganz ohne Konflikte ablaufen kann. Und die Konflikte in den verschiedenen Kreisen verlaufen erst noch nach unterschiedlichen Spielregeln: Zuhause oder am Arbeitsplatz streitet man ja bekanntlich auch nie nach genau den selben Methoden.

Was bedeutet das? Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine

erfolgreiche Regierungsbeteiligung ist die Konfliktfähigkeit unserer Regierungsmitglieder. Konfliktfähigkeit ist eine Art von Beziehungsfähigkeit: Streiten können und Frieden machen kann heissen, dass man die andern genügend ernst nimmt, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Dasselbe gilt aber auch für die andere Seite: Konfliktfähig und damit beziehungsfähig müssen vor allem die Genossen und Genossinnen sein, die unseren Regierungsmitgliedern als Parteipräsidenten und -präsidentinnen gegenüberstehen, wenn möglich aber auch jene, die als Parlamentarier und Parlamentarierinnen oder als Basisleute mit ihnen zusammenarbeiten.

Und die beiden letzten Feststellungen bringen uns nun zum Punkt, an welchem das Persönliche ins Politische übergeht, ja sogar zum politischen Inhalt wird: Wir können noch so gute inhaltliche Programme und Strategien haben, wenn es persönlich nicht stimmt, so nützt uns das alles nichts. Politik wird halt letztlich von Menschen gemacht, und Menschen sind zum Glück keine Maschinen.

Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung ist eine Chance, wenn wir es schaffen, beziehungsmässig – das heisst im persönlichen Umgang zwischen Genossen und Genossinnen – mit ihr umzugehen. Es ist halt nun einmal so: Das Persönliche ist politisch. Und genau so gilt das Umgekehrte: Das Politische muss den menschlichen Anforderungen gerecht werden, die wir normalerweise im Privaten stellen. Nur: Wenn wir nicht länger diesem gespaltenen Denken (auch dies ein polares Denken!) folgen, werden wir die ganzheitliche linke Politik betreiben können, die heute dringend notwendig ist.

### **Kopp & Kopp**

Elisabeth Iklé und Hans W. Kopp: ein Ehepaar, das es bis zum eidgenössischen Ehepaar brachte. Dieses Ehepaar hat die offizielle Schweiz beinahe in eine Staatskrise gestürzt. Demnächst wird es, allerdings getrennt, vor Gericht stehen.

Wer aber sind diese zwei Leute wirklich? Wie kommt es, dass sie so hoch aufsteigen konnten, um dann so tief zu stürzen? Und wer waren die Steigbügelhalter?

Diesen Fragen geht die junge Journalistin Catherine Duttweiler in ihrem ersten Buch nach. Es ist im Weltwoche-Verlag erschienen und trägt den Titel «Kopp & Kopp», Aufstieg und Fall der ersten Bundesrätin. Die Autorin legte den Weg zweier ungewöhnlicher Karrieren noch einmal Schritt für Schritt zurück, streckenweise in Begleitung der Hauptdarsteller. Sie schildert auch die Geschichte der beteiligten Familien. Ihre Recherchen ergaben, dass der Sturz unabwendbar war. «Kopp & Kopp» ist ein aufführungsreifes Stück Schweizer Geschichte, dem das letzte Kapitel noch fehlt.

Was das Buch auszeichnet, ist nicht primär sein Unterhaltungswert, der mitgeliefert wird. Das Buch besticht durch seine moderne, aber trotzdem sorgfältige Sprache, durch sein Bemühen, der Wahrheit auf die Spur zu kommen, und durch den aufrichtigen Wunsch der Autorin,

zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, dass sich die Schweiz ihrer ersten Frau im Bundesrat schämen muss.

Catherine Duttweiler deckt nicht nur die Mentalität einer machtgierigen Gesellschaft auf, sie weiss auch auf Distanz zu gehen. Ihre Leistung besteht journalistisch darin, dass sie, obwohl sie unzählige Stunden mit der Hauptdarstellerin verbracht hat, sich nicht hat vereinnahmen lassen. Das ist gar nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. *tm*

### **Moderne Welt**

Schön und furchtbar böse sind die Zeichnungen von Martial Leiter, welche der Limmat Verlag neu herausgegeben hat. Es sind bisher unveröffentlichte Arbeiten zu den modernen Themen, die auch unsere politischen Themen sind: Atom, Chemie, Militär, Bankenwelt, Wirtschaft, aber auch Rassismus und Umweltzerstörung. Leiters schöne neue Welt ist eine böse Welt. Seine Menschen sind Monster. Sie sollen einem das Fürchten lehren. Aber sie sind auch Du und Ich. Die Monströsität der modernen, der aufgeschlossenen durchtechnisierten Welt, die alles ermöglicht und alles nimmt. Beispiele aus Leiters Buch auf den Seiten 6, 11 und 15.

Martial Leiter. Moderne Welt, Limmat Verlag, 77 Zeichnungen, 160 Seiten, 42 Franken. *tm*